Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig Gerberstr. 1 IV Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 10 — Sonnabend, den 5. März 1921 — 25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

*

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zuzug fernhalten", in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Gesperrt:

Grabsteingeschäft Fr. Martin in **Pforzheim.** Firma Kempf, **Villingen.** In **Brieg** b. Breslau sämtliche **Betriebe.** Marmorgeschäft von Jakob Schmitt in **Kreuznach.**

Streik:

In **Kirn** a. d. Nahe, zirka 400 Kollegen (Pflastersteinbranche). In **Langenselza, Wölferbütt** (Betrieb Heiligenmühle), **Völkershausen** (Städt. Basaltwerk Vacha), **Kaltennordheim** (Basaltwerk Leimbach u. Co.), in **Osnabrück** (sämtl. Betriebe).

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den bereits genannten Orten nach den **Zahlstellen im Ruhrgebiet, nach Minden, Stuttgart, Köln** a. Rh. Nach **Jena** (die Steinbruchsarbeiter aus der Umgebung wollen es besonders beachten). In **Bremen** haben sich die Verhandlungen über Lohnerhöhung verschärft. Nach dem Zahlstellengebiet von **Wolfshagen** sind Arbeitsangebote für Schotter- und Pflastersteinarbeiter zu unterlassen, da die Bewegung noch nicht zum Abschluß gekommen ist. (Firma Harzer Pflastersteinbrüche Langelsheim, und Müller u. Gidion, Lautenthal, Betrieb Trophalwerke.) Im **Bezirk Wurzen-Grimma** lehnen die Arbeitgeber jede Verhandlung auf der Grundlage des Zeitlohns ab. Die Angelegenheit ist dem Schlichtungsausschuß Leipzig überwiesen.

Erledigte Bewegungen:

Miltweida. Der hiesige Streik in der Pflastersteinindustrie wurde durch Neuabschluß des Tarifs für Südwest-Sachsen beendet.

Gohma. Die Firma Bornschein hat sich dem Schiedsspruch vom 10. Februar unterworfen. Die neuen Löhne werden infolgedessen ab 1. Februar gezahlt.

Hohenleuben. Die Firma Robert Kahnes hat den Schiedsspruch vom 4. Februar anerkannt.

Waldenburg (Schlesien). Die Sperre hat sich durch den Reichsarbeitsvertrag vorläufig erledigt. Bei Arbeitsangeboten nach hier und Umgebung muß unbedingt beachtet werden, was an anderer Stelle darüber vermerkt ist.

Obermörlen. Lohnbewegung ist durch folgende Lohnfestsetzung beendet: 5.55 M. ab 16. Dezember 1920, 5.75 M. ab 16. März 1921.

Hameln. Unterzeichneter sieht sich genötigt, die Mitte 1920 bekanntgemachte Sperre über das Hamelner Granitwerk Mainzer u. Co. hiermit zurückzunehmen. Es hat sich gerichtlich herausgestellt, daß die Angaben meines Gewährsmannes nicht in allen Punkten zutreffen. E. Koschenz, Vorsitzender der Zahlstelle.

Vom Tageskampf und der Einigkeit

Es war um die Zeit der letzten Wahlbewegung. Die Zeitungen wimmelten von Versammlungsanzeigen, riesige Plakate an Straßenecken und Anschlagsäulen luden zum Versammlungsbesuch und lockten so manchen aus dem Bau, der sonst nicht weiß, wo er eigentlich hingehört und nun in die Versammlung schneit, mit weitgeöffnetem Munde all den schönen Versprechungen lauscht, so daß ihm der Kopf zu wirbeln beginnt und die Entscheidung erst recht schwerfällt, welcher Partei er denn nun eigentlich seine Stimme geben solle . . .

Von diesen bedauernswerten Geschöpfen will ich hier nicht reden, obgleich sich in der Hauptsache um sie jeder Wahlkampf dreht. Denn der politisch Unterrichtete weiß auch ohne Wahlbewegung, wo er am Wahltag hingehört . . .

Und nun zu meinem Erlebnis aus der letzten Wahlbewegung. Das will ich erzählen, weil es mir wieder einmal lebhaft vor die Augen tritt. Und das war so:

Durch matten Laternenschein und schmutzige Pfützen hatte ich mich nach dem etwas abgelegenen Versammlungslokal durchgelotst, um dort an einer sozialdemokratischen Versammlung teilzunehmen. Das Lokal war mir fremd. Ich hatte mich verspätet und tappste nun in den dunklen Toreingang, als von links durch blinde Türscheiben einiges Licht und der Klang einer vortragenden Männerstimme Auge und Ohr davon verständigten, daß hinter dieser Tür Versammlung abgehalten wurde. Ich drücke auf die Türklinke und befinde mich sofort in einem geräumigen Saal, der von Männlein und Weiblein dicht besetzt ist. Droben am Rednerpult steht ein Herr in schwarzem Gehrock mit feistem Gesicht, kühn aufgezwirbeltem Habybart und goldenem Zwicker und sein Redestrom ergießt sich auf die Zuhörer in jenem Schmierenpathos, das besonders auf politische Kinder zu wirken geeignet ist.

Der Redner scheint am Schlusse seiner Ausführungen zu sein. Er schmettert in den Saal die folgenden Worte: „Seien wir also eingedenk jener großen Zeiten, die uns sahen als erstes Volk der Welt, fühlen wir uns als dankbare Söhne und Töchter unseres auch heute noch trotz Verbannung herrlichen und unvergeßlichen Kaisers. Wir wären heute das mächtigste Volk der Erde, wäre nicht jener feige Dolchstoß geführt worden in den Rücken unseres unvergleichlichen Kriegsheeres durch Verräter und Umstürzler aus der Heimat. Nur dieser feige Verrat hat unser Volk überwunden, nicht aber Amerika, Frankreich oder England. Diesen Umstürzlern unser Kampf für alle Zukunft! Das sei unsere Lebensaufgabe. Der Feind steht links, ob er sich Sozialdemokrat, unabhängig oder Kommunist nennt. Wir wollen die alten Zeiten, das alte Kaiserreich in neuer Herrlichkeit, daß wieder Ordnung, Wohlstand und Freude einziehe in die Hütte des kleinen Handwerkers, des Lehrers und des Beamten, des Industriellen, des Kaufmanns, des Händlers und des Landwirts. Wer das will, der wähle die Liste unserer Partei, die sich den Aufbau des Vaterlandes in diesem Sinne als Ziel gesteckt hat!"

Ich hatte sofort begriffen, daß ich an die falsche Adresse geraten war. Doch die Sache interessierte mich und ich blieb. Ich setzte mich an einen Tisch und musterte die Anwesenden. Eine gemischte Gesellschaft: Vollgefressene Kriegsgewinnler mit ihrem reichverzierten weiblichen Anhang, Leute, denen man schon an der Nasenspitze das Großschiebertum ansah, ferner einfach gekleidete kleine Beamte, pausbäckige Fleischermeister, zufrieden dreinblickende Kleinhändler, auch mancher Kleinhandwerker, von dessen Gestalt des Krieges Nöte noch nicht ganz weggewischt waren — das war in der Hauptsache das Milieu dieser Versammlung.

Der Redner hatte geendet und erntete donnernden Applaus. Sich mit einem riesigen weißen Taschentuch die schwitzende Denkerstirn tupfend verbeugte er sich verbindlich dankend nach allen Seiten. Mit einer kurzen Ermahnung, am Wahltage im Sinne des „Herrn Vortragenden" ihre Schuldigkeit zu tun, entließ der Vorsitzende die Versammelten . . .

Ich besann mich. Ich wollte ja in die proletarische Versammlung. Willig ließ ich mich von dem Strom der Hinausflutenden tragen und wandte mich draußen nach links dem Hof zu, während die anderen nach der Straße drängten. Ich fand auch bald die rechte Tür, aus dem ersten Stockwerk an mein Ohr dringendes Stimmengewirr erwies sich als untrüglicher Wegweiser. Ich betrat gerade den Versammlungsraum, als der Referent, ein Arbeiter, seinen Vortrag beendet hatte. Und nun sprach ein anderer Arbeiter und donnerte alles in Grund und Boden, was der Vortragende anscheinend zum Ausdruck gebracht hatte und eine Korona junger Menschen sekundierte ihm mit lebhaften Zurufen, wobei mir das Gekreisch einiger blutjunger Mädchen besonders auffiel. Am Schlusse erntete dieser Redner frenetischen Beifall seiner Anhänger. Und dann sprach wieder ein Arbeiter und zog gegen den Vorredner vom Leder, aber auch der Referent schien nicht nach seinem Schnabel geredet zu haben, denn auch er erhielt manchen Seitenhieb. Er erntete Beifall und Widerspruch. Und wieder sprang ein Arbeiter aufs Podium. Er stellte sich rückhaltlos auf die Seite des Referenten. Da er recht temperamentvoll sprach, erntete er ebenso temperamentvolle Zurufe, auf die er jedoch prompt einging und damit die Erregung einiger Schreihälse steigerte. Doch das brachte ihn keineswegs aus der Fassung, er antwortete um so kräftiger mit dem Resultat, daß die Zwischenrufe sich mehrten und schließlich sich zu einem permanenten Lärm verdichteten, in dem die Stimme des Redners unterging. Der Vorsitzende läutet vergeblich um Ruhe, der Lärm steigert sich vielmehr zum Radau und einige Arbeiter springen auf Tische und Stühle, jedenfalls in dem Glauben, ihre „Argumente" dann besser in den Saal schleudern zu können . . .

Die Sprengung der Versammlung wird offenbar. Ein Teil der Anwesenden beginnt in wenig erhebender Weise die „Internationale" zu singen. Dazwischen tönen unharmonische Rufe und recht gewöhnliche Anpöbeleien. Der Vorsitzende schließt die Versammlung und verläßt das Podium. Ein jugendlicher Schreihals springt auf die Bühne und bringt ein Hoch aus auf die „Weltrevolution". Unter Gezänk, Lärm und Gesang fluten die Massen dem Ausgang zu.

An dieses Erlebnis denke ich heute und schreibe es nieder zu Nutz und Frommen des Proletariats. Die Moral der Geschichte ist ja so einfach und klar. Ja, glaubt ihr Arbeiter denn, mit solchem sinnlosen Auseinanderstreben eure Ziele erreichen zu können? Glaubt ihr durch gegenseitiges Beschimpfen und Runtermeißen die Belehrung zum Bessern durchsetzen zu können? Glaubt ihr besser zu fahren, wenn ihr auf diese Weise die Meinung des anderen niedertrampelt? Glaubt ihr siegen zu können, wenn ihr euch gegenseitig bespuckt, verhöhnt und bekämpft, wenn ihr den Bruderkampf in solcher abstoßenden Form sich austoben laßt?

Da seht euch eure Gegner an. Sie sehen nur einen Feind: Den Sozialismus, die Arbeiterklasse. Ihnen steht der Feind unterschiedslos links und nur links. Die eine reaktionäre Masse zeigt euch die Faust. Ihr aber zeigt eure Faust den eigenen Klassen- und Weggenossen. Euch steht der Feind nicht rechts, ihr habt „wichtigeres" zu tun, ihr müßt euch in Selbstzerfleischung üben. Und da glaubt ihr zu siegen?

Lernt endlich vom Gegner. Lernt endlich aus der Geschichte. Jede Volksbewegung war mächtig, so lange sie ein einheitlicher Geist und Wille führte. Sie zermürbte, wenn sich die Uneinigkeit in ihr Lager stahl und ihre Stoßkraft vernichtete. Lernt vom Gegner und aus der Geschichte: Nur Einigkeit macht stark!

Werdet ihr endlich zur Vernunft kommen, werdet ihr endlich diese einfache Formel begreifen? Wenn nicht, so dreht ruhig oder auch schimpfend das Weltenrad um ein Jahrhundert zurück. Sklaven ihrer Leidenschaft werden auch ewig die Sklaven ihrer Ausbeuter bleiben . . .

Die kommende Lohnsteuer.

Kein Gesetz der Deutschen Nationalversammlung, des ersten Reichsparlaments nach dem Zusammenbruch, ist von allen Bevölkerungsschichten so bekämpft worden als jenes, was dem deutschen Volke in der Steuergesetzgebung auferlegt wurde. Noch heute ist der Kampf dagegen nicht erloschen, er zieht immer noch seine Blasen wie ein ins Wasser geworfener schwerer Gegenstand. Die Steuergesetzgebung war in der Theorie schließlich gut und vor allen Dingen einträglich ausgedacht, suchte den ungeheuren finanziellen Anforderungen zu genügen. Doch in der praktischen Anwendung der einzelnen Steuerarten zeigte sich recht bald ihre Unzulänglichkeit und in der Ausführung eine gewisse Zaghaftigkeit bestimmten Kreisen gegenüber. Treffsicher war sie jedoch vor allen Dingen in der Einkommensteuer, durch den Steuerabzug bei den Lohn- und Gehaltsempfängern. Eine berechtigte Entrüstung wurde dadurch bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten ausgelöst, die dann dadurch erfolgten belanglosen Abänderungen brachten wohl anfänglich vermehrte Unklarheiten, aber keine Erleichterungen von Bedeutung für die niederen Einkommen.

Bei der Durchführung des Steuerabzuges vom Arbeitseinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger hat sich recht bald herausgestellt, daß in fast allen Fällen die Differenz zwischen dem vorläufigen Abzug und der endgültig zu zahlenden Steuer ganz erheblich ist und ihre Beibringung infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse außerordentliche, ja unüberwindliche Schwierigkeiten zeigt. Jeder Arbeiter, Angestellte oder Beamte, der sich um die ihn laut Gesetz treffende Steuer nach seinem Einkommen bekümmert hat, wird mit Entsetzen wahrgenommen haben, welch hohe Summe er am Schlusse, trotz dem Abzug vom Lohn oder Gehalt, noch nachzahlen soll. In einzelnen Fällen schwankt die Nachzahlung zwischen 400 bis 1000 Mark. Hinzu kommt, daß eine ziemliche Anzahl von Gemeinden infolge ihrer Finanzmisere zur Besteuerung des von der Reichseinkommensteuer freibleibenden Minimums geschritten sind, und dadurch nochmals eine Belastung von etlichen hundert Mark bringen. Mit dem Herannahen des Zeitpunktes der endgültigen Veranlagung, der jetzt eingetreten ist, machte sich in allen Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger eine starke Strömung gegen die Nachzahlung der Steuerschuld von 1920 geltend. Es ist immer eine mißliche Sache, zahlen zu sollen, wenn man nichts hat und Aussicht, es in absehbarer Zeit zu können, nicht vorhanden ist. Ein Teil Arbeiter, Angestellte und Beamte haben deshalb auch mit einem gewissen Galgenhumor oder auch einem Wurschtigkeitsgefühl, andere wieder mit Unbehagen, der weiteren Entwicklung zugeschaut; alle haben aber einmütig erklärt, daß es ihnen infolge der Geldentwertung nicht möglich ist, die Nachzahlung zu leisten.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat kürzlich einen Antrag behandelt, der eine Aenderung des Einkommensteuergesetzes verlangt und außerdem die Niederschlagung der Steuerschuld für 1920 bei kleineren Einkommen befürwortet. Auch bei der Verhandlung des Steuerausschusses des Reichstages hat das Vorstehende im Vordergrund gestanden. Der Steuerausschuß stellte sich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß der Lohnabzug die wirkliche Steuer darstelle, und nahm eine Entschließung an, nach der die Reichsregierung Material über eine Umgestaltung des Lohnabzuges zu einer Lohnsteuer vorlegen soll. Bei geringeren Einkommen sollte allgemein 10 v. H. die Lohnsteuer darstellen. Das Reichsfinanzministerium hat nun laut Mitteilungen in der Tagespresse eine Denkschrift vorgelegt, die nach der gewünschten Seite eine Aenderung vorsieht, und mit dem Steuerabzug vom Lohn oder Gehalt, nach einer anderen Staffelung der höheren Einkommen über 20 000 Mark, die Einkommensteuer für die niederen Einkommen als getilgt ansieht. Nach der Denkschrift kann die Lohnsteuer nach folgenden Gesichtspunkten ausgestaltet werden:

Sie beträgt 10 v. H. und geht bis zu 20 000 Mark Arbeitseinkommen. Der Familienstand wird durch Abzug eines festen Betrages (jährlich 120 Mark entsprechend einem steuerfreibleibenden Lohnbetrag von 1200 Mark) für jede der auf den Arbeitslohn angewiesenen Personen berücksichtigt. Werbungskosten werden ebenfalls durch Abzug eines festen Betrages (jährlich 60 Mark entsprechend einem Jahresbetrag von 600 Mark) abgegolten. Unter Werbungskosten sind jedenfalls Versicherungsbeiträge usw. zu verstehen. Um es an einem Beispiel klar zu machen: Ein Arbeiter, Angestellter oder Beamter hat 15 000 Mark Einkommen, seine Familie zählt Frau und 2 Kinder, die alle auf sein Arbeitseinkommen angewiesen sind. Für ihn und Familie wäre vom Einkommen als steuerfrei zu kürzen, vier mal 1200 Mark gleich 4800 Mark und 600 Mark Werbungskosten. Bleiben also von 15 000 Mark Einkommen 9600 Mark als steuerbares Einkommen, von dem er 960 Mark (10 v. H.) durch Lohnabzug als Steuer zu leisten hat. Nach dem jetzigen Einkommensteuergesetz wäre jedoch bei demselben steuerbaren Einkommen von 9600 Mark eine Steuer von 1374 Mark zu leisten. — Bezieht der Steuerpflichtige neben Arbeitslohn weiteres Einkommen und beträgt das Gesamteinkommen nicht mehr als 20 000 Mark, so wird das weitere Einkommen selbständig der Einkommensteuer unterworfen, sofern der Steuerpflichtige nicht die Veranlagung nach seinem Gesamteinkommen beantragt. Beträgt das Gesamteinkommen, sei es, daß es nur aus Arbeitslohn oder aus Arbeitslohn und weiterem Einkommen herrührt, mehr als 20 000 Mark, so tritt eine Veranlagung des gesamten Einkommens unter Anrechnung der Lohnsteuer ein; der über 20 000 Mark betragende Einkommensteil wird mit einem scharfsteigenden Steuersatz belegt. Eine Veranlagung würde sich somit für die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, da sie bei den heutigen Geldverhältnissen mit ihren Lohn- und Gehaltsabzügen immerhin unter der Grenze von 20 000 Mark bleiben, erübrigen. — Wenn eine Lohnsteuer mit einem festen Satz eingeführt würde, so dürften natürlich die nicht aus Arbeitslohn bestehenden Einkommen bis zu der Grenze, die eine besondere Veranlagung der Lohnempfänger ausschließen soll, nicht einem anderen Steuersatz unterworfen werden, als er für die Lohnempfänger vorgesehen wird. Die Festsetzung eines einheitlichen, nicht progressiven Steuersatzes von 10 v. H. für alle Einkommen, soweit sie 20 000 M. nicht übersteigen, würde eine Ermäßigung der jetzigen Einkommensteuer bedeuten. Der neue Tarif würde so zu staffeln sein, daß der Steuersatz für die Einkommen bis zu 20 000 Mark auf 10 v. H. bemessen wird, und daß bei höheren Einkommen bis zu rund 100 000 M. eine prozentual allmählich sinkende Ermäßigung der Einkommensteuer gegenüber dem derzeitigen Tarif herbeigeführt wird. Bei etwa 100 000 Mark würden ungefähr die alten Sätze erreicht werden.

In der Denkschrift ist folgender Tarif aufgestellt: Die Einkommensteuer beträgt:

für die ersten angefangenen oder vollen 20 000 Mark des steuerbaren Einkommens 10 v. H.,
für die ersten angefangenen oder weiteren 2000 Mark des steuerbaren Einkommens 20 v. H.,
für die ersten angefangenen oder weiteren 2000 Mark des steuerbaren Einkommens 22 v. H.,
für die ersten angefangenen oder weiteren 2000 Mark des steuerbaren Einkommens 24 v. H.
für die ersten angefangenen oder weiteren 2000 Mark des steuerbaren Einkommens 27 v. H.,
für die ersten angefangenen oder weiteren 2000 Mark des steuerbaren Einkommens 30 v. H.,
für die ersten angefangenen oder weiteren 10 000 Mark des steuerbaren Einkommens 35 v. H.,
für die ersten angefangenen oder weiteren 20 000 Mark des steuerbaren Einkommens 40 v. H.,
für die ersten angefangenen oder weiteren 20 000 Mark des steuerbaren Einkommens 45 v. H.,
für die ersten angefangenen oder weiteren 20 000 Mark des steuerbaren Einkommens 50 v. H.,
für die ersten angefangenen oder weiteren 400 000 Mark des steuerbaren Einkommens 55 v. H.,
für die weiteren Beträge 60 v. H.

Das Vorstehende unterliegt vorläufig noch der Gesetzgebungs- und Beratungsmaschinerie im Reichsparlament und die endgültige Gestaltung ist noch ungewiß. Eine noch bessere Berücksichtigung des Familienstandes in der Lohnsteuer als wie die Denkschrift vorsieht, muß nun Sache der Arbeitervertreter im Parlament sein. Immerhin bedeutet die vorliegende Materie in erster Linie ein Abbau der Einkommensteuer; denn im Vergleich zum bestehenden Gesetz wird eine erhebliche Abschwächung der Steuerschuld eintreten, die allerdings nur den Einkommen bis 20 000 Mark zugute kommt. Darüber hinaus findet eine schärfere Heranziehung statt. Die geplante Aenderung ist notwendig geworden, weil die Unhaltbarkeit des anderen Steuergesetzes sich in der Praxis herausgestellt hat und der Ausgleich bei der jetzt vor sich gehenden Veranlagung nicht beigebracht werden kann. Wo nichts ist, kann bekanntlich kein Steuerbeamter, kein Gerichtsvollzieher etwas holen. Ueber die endgültige Erledigung im Parlament wird zu gegebener Zeit berichtet.

Von der Wirtschaftslage in der Steinindustrie.

Das Reichsarbeitsblatt bringt monatlich eine zusammenfassende Uebersicht über „Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage". In der Nr. 7 vom 15. Januar 1921 heißt es dort: Das Steinbruchgewerbe hatte vielfach nur geringen Versand. In West- und Süddeutschland wirkte Wagenmangel wie Betriebssperre in den Eisenbahndirektionsbezirken Essen und Köln auf einen Rückgang des Versandes hin. Nach einzelnen Berichten konnte aber die Verkürzung der Arbeitszeit noch vermieden werden. Ein Pflastersteinbetrieb führt die Absatzstockung darauf zurück, daß die Behörden trotz sehr großen Bedarfs keine Aufträge erteilen wegen Gefahr der Etatsüberschreitung. Der Wagenmangel führte im Gebiet des bayrischen Waldes zur Einstellung von Notstandsarbeiten; ein Weiterarbeiten war nicht möglich, weil das Schottermaterial nicht abgefahren und zu den Arbeitsstellen gebracht werden konnte.

Die schlechte Geschäftslage der Granitindustrie veranlaßte die Handelskammer für Oberfranken zu einer Entschließung, die unverzügliche Maßnahmen zur Schaffung von Absatzmöglichkeiten fordert. Nach einem Bericht des Landesarbeitsamtes für Hessen und Hessen-Nassau liegt die Hartsteinindustrie in den Kreisen Hünfeld, Fulda und Gersfeld außerordentlich danieder; Basaltsteinbrüche arbeiten nur drei Tage in der Woche, sofern sie nicht ganz stillgelegt werden mußten. Die Lagerplätze sind mit Fertigfabrikaten überfüllt, da Mangel an Aufträgen seitens der Kommunal- und Staatsbehörden, sowie eine Stockung des Absatzes nach Holland eingetreten ist. Ein Werk für Pflaster- und Betonierungssteine weist darauf hin, daß ohne Auslandsabsatz der Steinbruchsbetrieb unrentabel werde, daß aber für die von der Außenhandelsstelle festgelegten Auslandspreise z. B. Holland, das vordem große Aufträge tätigte, heute nur ganz geringe Mengen beziehe.

In der Hartsteinindustrie sind verschiedentliche Lohnerhöhungen erfolgt. So wird aus dem Odenwald über eine weitere Lohnsteigerung um rund 20 v. H. mit Rückwirkung auf den 1. Oktober berichtet. Aus dem rheinischen Gebiet wird eine 10prozentige Erhöhung der Löhne rückwirkend bis August und eine Verdoppelung der Kinderzulagen, die künftighin auch der Ehefrau zustehen, gemeldet.

In der Nr. 9 vom 15. Februar des Reichsarbeitsblatts wird die Wirtschaftslage folgendermaßen skizziert: Der Beschäftigungsgrad im Steinbruchgewerbe ist nach wie vor unbefriedigend. Namentlich fehlt es an Aufträgen an Groß- und Kleinpflasterbausteinen usw. Der Absatz erstreckt sich hauptsächlich auf Steinschlag, Schotter für Eisenbahnen und Chaussierungsmaterial. Es wird viel auf Vorrat gearbeitet, um nicht noch mehr Arbeiter entlassen zu müssen. Nur aus Sachsen wird gemeldet, daß einige Neueinstellungen im Steinbruchbetrieb möglich gewesen sind.

Den wirtschaftlichen Berichten ist ohne weiteres die Quelle anzusehen oder vielmehr abzulesen. Es läßt sich deshalb auch manches von unserem Standpunkt dazu sagen. Was zum Beispiel im Januar-Bericht über Auslandsabsatz, Außenhandelsstellen, Auslandspreise und Holland angegeben wird, muß mit Vorsicht genossen werden. Denn es kommt darin der Schmerz zur Geltung, daß der Konkurrenz, die bekanntlich sehr leicht auf der Linie steht, wo die unlautere beginnt, eine gewisse Grenze in der Außenhandelsstelle gesetzt wird. Große Berufskreise der Industrie begrüßen es, kleinere verurteilen es! Das wird in unserer heutigen Wirtschaftsordnung wohl immer zu verzeichnen sein. Der freie Wettbewerb, bei dem das Verdienen im Vordergrund steht, bringt es so mit sich. Doch abgesehen davon können wir Steinarbeiter nur die Erwartung aussprechen, daß die Monats-Berichte über Wirtschaftslage und Arbeitsmarkt in der deutschen Steinindustrie eine möglichste Erweiterung erfahren. Bisher ist es immer nur die Hartsteinindustrie gewesen, die in dieser Beziehung eine Rührigkeit aufweisen kann, während die alte Sandstein-, die Marmor-, Lithographiestein-, Schiefer- und Serpentinstein-Industrie sich weniger oder gar nicht um solche Sachen bekümmern. Sie gehen ihren alten Strich ruhig weiter, sind jedoch nur im Kleinkram zum Teil recht groß. Hauptsächlich, wenn es um Lohnfragen geht, wenn vor den Schlichtungsausschüssen um einige Lohngroschen gefeilscht wird, dann bringen sie Berichte über die Wirtschaftslage ihrer Gruppen und immer durch die örtliche Brille gesehen. Vielleicht wird's noch einmal großzügiger!

Unsere Arbeitslosenzählung, die in Nr. 9 zur Kenntnis der Kollegen kam, gestattet infolge der Beteiligung keine Vergleiche mit den vorstehend angeführten Berichten, verschwindet dieser Mangel, wird es bei späteren Berichten wohl möglich werden.

Die Arbeitslosigkeit im gesamten deutschen Erwerbsleben hat im Monat Januar eine ziemlich bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein, ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, von 457 000 auf 495 000 gestiegen. Vergegenwärtigt man sich neben diesen Zahlen, daß infolge der Beschränkungen für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung eine Anzahl Erwerbsloser keine Unterstützung erhalten, und daß ferner die Zahl der Kurzarbeiter eher zu- wie abgenommen hat, dann ist zu ermessen, daß mindestens 10 Prozent der Gesamtbevölkerung bittere Not leiden infolge der Arbeitslosigkeit. Von denen gar nicht zu reden, die für kärglichen Lohn ein elendes Dasein fristen.

Zum Ablauf des Reichslohntarifes in den Granitschleifereien.

Am 30. Juni dieses Jahres wird der Reichstarif, der mit dem Verband deutscher Granitwerke getätigt wurde, zum Ablauf kommen. Die rechtmäßige Kündigung, die am 1. März zu erfolgen hatte, ist auch mittlerweile von der dazu berufenen Instanz erfolgt. Es scheint nunmehr am Platze zu sein, darzulegen, wie die Kollegen in Rostock (Steinmetzen und Schleifer) über den ablaufenden und eventuell neuzugestaltenden Reichslohntarif denken. Der Abschluß im Jahre 1919 hat unter den Granitarbeitern aus verschiedenen Gründen manche Aufregung hervorgerufen; hat den Kollegen die damals die Verhandlungskommission bildeten, viel Aerger und Verdruß gebracht, nicht minder der Verbandsleitung. Der Reichslohntarif für die Granitschleifereien ist bekanntlich ein Akkordtarif im ausgeklügeltsten Sinne, er erfordert an sich schon ein bestimmtes Raffinement in der Kenntnis der Tariftechnik, um die Arbeiterrechte wahren zu können. Wohl ist beinahe jeder Handgriff, jede Tätigkeit am Stein zu berechnen, aber trotzdem kommen die Kollegen dabei nicht auf ihre Rechnung. Das ist nicht nur für Rostock zu konstatieren, sondern in fast allen Orten, wo nach dem Reichslohntarif gearbeitet wird. Ein solcher Tarif war zeitgemäß in den Neunziger Jahren, heute aber paßt er nicht mehr in unsere Periode. Damals war allerdings ein solcher Abschluß so leicht nicht möglich, weil die Unternehmer über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ihre besondere Auffassung hatten und im Betriebe schalteten, walteten, diktierten, wie es ihrem Charakter und ihrer jeweiligen Laune entsprach. Die Organisation der Arbeiter dagegen war nicht umfassend, nicht straff genug, um es zu erreichen; andere Einrichtungen, hauptsächlich von der „hohen Obrigkeit", standen dem auch schroff mit drohender Polizeifaust gegenüber. Deshalb war es damals nicht möglich, die Zeiterfordernisse im Arbeitsverhältnis zu erfüllen. Wohl haben heute die Unternehmer über das Mitbestimmungsrecht auch noch ihre besondere Anschauung, doch stellt die Arbeiterschaft wohl jetzt eine anders geartete Macht und Kraft vor, die sich nicht mehr diktatorisch behandeln und entlohnen läßt, wie es dem Unternehmer gerade gefällt. Darum ist aus Anlaß des gekündigten Tarifs wohl die Frage berechtigt, ob wir Granitarbeiter und mit ihnen die gesamten Steinarbeiter künstlich etwas am Leben erhalten sollen, was längst altersschwach und den Zeiterfordernissen nicht entspricht? Wir Rostocker Granitarbeiter glauben es verneinen zu müssen! Es ist keine Prinzipienfrage, keine Programmfrage, sondern nur die reine Zweckmäßigkeit im Interesse der Arbeitskollegen. Seit Jahr und Tag haben wir ernstlich versucht, mit dem Akkordtarif fertig zu werden, uns damit abzufinden; haben aber immer wieder gefunden, daß es auf die Dauer unmöglich ist, nach dem Akkordtarif zu frohnden. Denn es ist kein freudiges Arbeiten, mit dem Gefühl, sein ganzes Können herzugeben, in dem Bewußtsein, nun auch entsprechenden Verdienst zu haben. Die unbefriedigende, kleinliche Berechnungsart in unserer Akkordarbeit nach dem jetzigen Reichslohntarif führt zu einer tatsächlichen Hetzarbeit, die ohne Uebertreibung die Bezeichnung „Fronarbeit" verdient. Viel Zank, Aerger und Bitternis ist in den Betrieben bei Berechnung und Entlohnung vorhanden, alles der Ausfluß des Akkord-Lohntarifs. Deshalb sagen wir Rostocker Granitarbeiter: Fort mit dem Akkordtarif und Entlohnung nach Stundenlohn!"

Soll diese Forderung nun noch des langen und breiten eingehend begründet werden? Wir glauben uns das ersparen zu können, denn die Notwendigkeit hat sich während des Bestehens des Tarifes ergeben; die Nachteile für die schaffenden Kräfte liegen deutlich vor uns. Steinmetzen und Schleifer der Granitwerke haben eine körperlich schwere Arbeit, sogenannte Knochenarbeit, zu vollbringen. Ihre Arbeitsweise ist mit großem Risiko verbunden, weil das harte und spröde Gestein sich nur mit Aufwendung großer Geschicklichkeit meistern läßt. Die Architektur hat sich in den letzten Jahren so verschoben, daß der Tarif dem gar nicht folgen konnte, er enthält die Berechnung alter Profile und hat aber der modernen Arbeit, der glatten Flächen wenig Beachtung geschenkt auch wohl nicht können und die Folge ist Feilschen, Streit, theoretische Auseinandersetzungen mit dem Chef oder Polier, niedriger Verdienst bei außerordentlicher Kraftanstrengung oder wie wir sagen im Beruf: „Wuchten". Ferner ist in den letzten Jahren das ausländische Granitmaterial immer schlechter geworden, die Bearbeitung stellt an Steinmetzen und Schleifer die allerhöchsten Anforderungen und dabei dann noch die Unsicherheit des Verdienstes. Um diesem Risiko für Steinmetzen und Schleifer abzuwehren, halten wir es zeitgemäßer, wenn die eventuelle Neuregelung des Reichslohntarifs erfolgen soll, nur eine solche stattfindet nach dem Zeitlohnsystem. Wir sind uns wohl bewußt, daß die seit Jahrzehnten eingewurzelte Akkordarbeit nicht so mit einem Federstrich beseitigt werden kann. Doch wenn alle Kollegen in den Granitschleifereien es fordern, gestützt auf die praktischen Erfahrungen, auf die wir im Vorstehenden kurz hingewiesen haben, dann fällt die überlebte Akkordarbeit, ob es den Arbeitgebern angenehm ist oder nicht. Vielleicht melden sich noch andere Zahlstellenvertreter und bringen Gründe in ihren Darlegungen, die wir in diesem kurzen Artikel übersehen haben.

Rostock. J. Auftr.: Fritz Hortig, Vors.

Neue Differenzen in Halle.

Die langandauernde Sperre über die Betriebe der Steinindustrie in Halle hat trotz ihrer kürzlich erfolgten Aufhebung anscheinend am Ort noch keine rechte Verständigung gebracht, und es ist deshalb nötig, kurz auf die Ursachen der Sperre und die jetzt wieder zugespitzte Situation einzugehen. Wer die Verhältnisse objektiv prüft, wird gerade nicht zu dem Schluß kommen, daß die Arbeitgeber besonderes Geschicke hätten, ihren ausgleichenden Teil zur Beilegung von Differenzen in die Wagschale zu werfen. Seit Mitte des vorigen Jahres läßt sich der Faden zurückverfolgen, an dem die Differenzen sich abwickelten. Einmal handelt es sich um die wöchentliche 45stündige Arbeitszeit und dann um die Aufrechterhaltung einer örtlichen Tarifvereinbarung, daß die Löhne der Steinmetzen immer um 7 Prozent höher sein sollen wie der Maurerlohn. Als der letztere im verflossenen Jahre von Zeit zu Zeit stieg, wurde diese Vereinbarung den Halleschen Arbeitgebern unbequem, genau wie in Langensalza, Mühlhausen (Thür.) und einigen anderen Orten. Sie suchten sich davon zu befreien, machten es nach dem bekannten Schema: Künstliche Arbeitslosigkeit! Das Wort künstlich ist durchaus angebracht, denn den Halleschen Kollegen wurde gesagt: „Laßt ihr diese Vereinbarung fallen, werden alle wieder beschäftigt!" Demnach mußten schon Aufträge vorliegen und in der Tat wurde auch Arbeit auswärts angefertigt, um so eine Arbeitslosigkeit zu konstruieren. Daß die Arbeitgeber sich damit selbst widersprachen, machte ihnen weiter kein Kopfzerbrechen. Unsere Kollegen lehnten das Ansinnen ab, die Folge war, daß einige arbeitslos wurden, lange arbeitslos blieben und sich kümmerlich mit anderer Beschäftigung durchschlagen mußten. Die verlangte Einführung der 45stündigen Arbeitszeit brachte ähnliche Widersprüche bei den Arbeitgebern; denn das eine Mal hieß es: „Es ist keine Arbeit vorhanden" und dann wieder: Es muß mindestens 8 Stunden täglich gearbeitet werden, sonst sind die Betriebe nicht existenz-, lieferungs- und leistungsfähig. Also bald so, bald so. Fehlte es wirklich an Arbeit, dann konnte die 45-Stunden-Woche ganz gut zur Einführung kommen und lagen Aufträge vor, war es durch Mehreinstellung möglich, die Fertigstellung herbeizuführen. Nach längerem Hin und Her und nachdem der damals geplante Reichsstädtetarif endgültig als gescheitert anzusehen war, wurde zur Erledigung dieser strittigen Frage der Schlichtungsausschuß angerufen. Dazu waren die Kollegen auf Grund einer örtlichen Tarifvereinbarung berechtigt, denn die Vereinbarung besagte: „Auf Antrag entscheidet der Schlichtungsausschuß." Bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß im Juli 1920 drehte es sich dann hauptsächlich um die gesundheitliche Wirkung des Steinmetzberufs und um die Bekundung, daß durch Scheitern des Reichsstädtetarifs auf eine zentrale Regelung der 45stündigen Arbeitswoche nicht zu bauen war. Die Arbeitgeber steckten, nachdem sie die vorgebrachten Beweise nicht widerlegen konnten, das Prinzip, das Prestige heraus, kamen mit allen möglichen volkswirtschaftlichen Gründen. Sie hatten eben ihre Anweisung von — oben, aus Prinzip sich dagegen zu wehren und man tat dann ferner auch so, als wenn Halle der erste Ort wäre, wo auf einmal die 45-Stunden-Woche eingeführt werden sollte. Nach längerem Verhandeln stellte der Schlichtungsvorsitzende an die Arbeitgeber die Gegenfrage, ob sie die Darlegungen über die gesundheitsschädliche Wirkung des Steinmetzberufs anerkennen, ob sie entkräften können, daß an diesem oder jenem Ort der Steinindustrie bereits kürzere Arbeitszeit wie täglich 8 Stunden besteht? Das konnten sie nicht! Nach alle dem kam dann ein Schiedsspruch heraus, der den Halleschen Kollegen die 45 Stunden pro Woche sofort zusprach. Der Schlichtungsausschuß hatte also nach den Bestimmungen des Halleschen Tarifs einen Entscheid gefällt, und wenn solche Tarifbestimmungen einen praktischen Sinn haben sollen, dann doch sicher den, daß die Entscheidung für beide Tarifkontrahenten bindend ist. Wäre das nicht der Zweck der Tarifbestimmung, „daß der Schlichtungsausschuß entscheidet", gewesen, war sie überflüssig im Tarif. So war die Sachlage! Vernunft und Recht dabei gewiß auf seiten unserer Halleschen Kollegen. Doch der Vorwurf muß ihnen gemacht werden, daß sie nicht im genügenden Maße nunmehr geschlossen auch für die Verwirklichung der kürzeren Arbeitszeit sich betätigt haben. Sie mußten auf alle Fälle darnach streben, daß der Schiedsspruch verbindlich erklärt wurde, dem Demobilmachungskommissar die nötigen Unterlagen überweisen, und daß kein Kollege in

Wirtschaftliche Rundschau.

Von Dr. Alfred Striemer.

I.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands, das in viel höherem Maße als vor dem Kriege auf den Weltmarkt angewiesen ist, kann man nicht betrachten, ohne gleichzeitig den Blick auf die Weltwirtschaft zu lenken, die uns die wichtigsten Rohstoffe zu liefern hat. Mehr als früher müssen wir unsere wirtschaftsgeographischen Kenntnisse erweitern und die fortschreitenden Industrialisierungen der Kolonialländer beachten, um zu erkennen, in wie hohem Maße die Zukunft des deutschen Volkes von der Herstellung von Qualitätswaren abhängt, und wir uns auf die Herstellung von Gütern einstellen müssen, die das höchste Maß wissenschaftlicher Kenntnisse zur Voraussetzung hat.

Die Geschäftslage in **Brasilien** ist gegenwärtig nicht günstig, da nordamerikanische Spekulationsmanöver den Milreiskurs zum starken Sinken gebracht haben. In den Zollämtern stauen sich die Güter unheimlich, während organisierte Diebesbanden die Lagerhäuser heimsuchen und die gestohlenen Waren verschleudern. Deutschen Waren gegenüber besteht starke Zurückhaltung wegen der von den Exporthäusern gemachten zu hohen Preisaufschläge und mangelhafter Beschaffenheit der gelieferten Waren. Nach Luxemburg hat, französischen Nachrichten zufolge, Brasilien einen Auftrag auf 70 000 Tonnen Schienen gegeben.

Die Wirtschaft **Argentiniens** ruht auf Ackerbau und Viehzucht. Während des Weltkriegs hat die industrielle Entwicklung begonnen, sind besonders Strohhutfabriken entstanden. Kohle und Eisen sind nur in völlig unbedeutenden Mengen vorhanden; dagegen sind Wolfram-, Silberblei-, Kupfer-, Zinnerze Ausfuhrerzeugnisse. Von großer Bedeutung ist die Gefrierfleisch-, Mühlen-, Wein- und Zuckerproduktion, als auch die Herstellung von Quebrachoextrakt. Bis 1878 war Argentinien ein Weizeneinfuhrland. Die Molkereiindustrie hat sich während des Krieges sehr entwickelt, so daß heute 20 000 Molkereien und 200 Sahnefabriken bestehen. Auch der Export von Käse bahnt sich an. Argentinien, das 8 Millionen Einwohner hat und dessen Handelsbilanz sehr günstig ist, das fortgesetzt seine auswärtigen Anleihen tilgt, wird unter der Weltwirtschaftskrise nicht schwer zu leiden haben. Bei den gewaltigen Ebenen des Landes hat der Luftverkehr besondere Entwicklungsaussichten. Die Regierung hat 20 Wasserflugzeuge und 10 für Schulzwecke in Auftrag gegeben. Die Getreideausfuhr Argentiniens zeigt folgende Aufstellung:

Es wurden ausgeführt:

	Weizen	Mais	Leinsaat	Hafer
an Order	1 027 447	1 392 105	52 544	118 540
nach Großbritannien	1 341 026	962 821	177 014	176 142
nach dem europ. Kontinent	2 274 002	1 710 368	238 935	97 036
nach Brasilien	199 720	1 474	1 101	361
nach Südafrika	48 431	—	—	2 475
nach d. Vereinigten Staaten	23 134	179 305	543 759	6 439
nach sonstigen Ländern	116 198	113 008	552	2 274

Die Hauptmenge der argentinischen Getreideausfuhr ging nach dem europäischen Kontinent. Die Ernteaussichten für 1920/21 sind die allerbesten, Weiden und Viehstand sind in ausgezeichneter Verfassung.

Das holländische **Java** befindet sich in höchst interessanter industrieller Entwicklung. Von 1894 bis 1918 hat die Zuckerproduktion um 235 v. H. zugenommen, ebenso die Pflanzenölindustrie durch Verarbeitung von Kopra. Industriell verarbeitet werden auch Kautschuk, Tabak, Chinin. Für die Holz-, Konserven- und Textilindustrie sind die Rohstoffe ausreichend vorhanden. Sehr reiche Wasserkräfte stehen zur Verfügung, aber auch Petroleum ist da, das dortselbst zu Benzin, Brenn- und Schmieröl, Asphalt und Paraffin verarbeitet wird. Die Erzeugung von Papier aus Reisstroh und von Glas ist geplant. — Chrom-, Nickel- und Eisenerzlager sind auf der Insel **Celebes** entdeckt worden, und zwar an der Oberfläche, so daß der günstige Abbau die Entstehung einer Eisen- und Stahlindustrie ermöglicht. — Auf **Sumatra** hat die Kohlenindustrie es bis auf 120 000 Tonnen jährlich gebracht. Etwa 5½ Millionen Pferdestärken können die Wasserkräfte Holländisch-Indiens liefern, Holz ist überaus zahlreich vorhanden. Dagegen besteht Mangel an geschulten Arbeitskräften und Kapital, das nur vom Mutterland Holland und vom Ausland herangezogen werden kann.

Das an Naturschätzen reiche **Portugal** hat sein Eingreifen in den Weltkrieg schwer zu büßen, denn seine Finanzlage ist trostlos geworden. Die Republik mußte von der Monarchie 31 Millionen Pfund Sterling (das sind 620 Millionen Goldmark) als Erbschaft übernehmen. 18 Millionen Pfund Sterling hat die Beteiligung am Kriege gekostet. Den Einnahmen von 480 Millionen Mark stehen Ausgaben von 1200 Millionen Mark gegenüber. Die Steuerhinterziehung hat einen unglaublichen Umfang angenommen. Das Land kann Blei, Zinn, Kupfer, Eisen, Kohle, Holz, Früchte, Fische, Weine liefern, besitzt Mineralquellen und vermag aus seinen Kolonien Kaffee, Kakao, Gummi, Holz usw. zu liefern. Trotz dieses Reichtum ist das Land in großer Not.

In der **Schweiz** verschärft sich die Wirtschaftskrisis, die Zahl der gänzlich Arbeitslosen beträgt 20 000, der beschränkt Arbeitslosen mehr als 50 000. Eine vorläufige Beschränkung der Wareneinfuhr und Zollerhöhungen soll erfolgen, mit Ausnahme von Lebensmitteln und wichtigen Bedarfsartikeln. Die Volksbank in Bern hat 1920 einen Gewinnrückgang von 2 Millionen Frank. Die Einfuhrbeschränkungen erhalten bis zum Juni 1922 Wirksamkeit, die Zollerhöhungen bis zum Juni 1923. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß Amerika der Hauptkohlenlieferant der Schweiz ist. Im Sommer sind 121 860 Tonnen amerikanische Kohle gegen 5679 Tonnen Saarkohle und 7751 Ruhrkohle eingeführt worden. Der Rückgang des schweizerischen Exports wird durch die soeben veröffentlichten Ausfuhrzahlen des Konsularbezirks St. Gallen nach den Vereinigten Staaten für den Monat Januar illustriert. Während im Januar 1920 die Ausfuhr noch 10 760 000 Frank betrug, ist sie jetzt auf 5 220 000 Frank zurückgegangen, was dem vollständigen Aufhören des Stickereiexportes zuzuschreiben ist.

In **Schweden** zeigen die letzten Monate starke Konjunkturverschlechterung. Die Zahl der Konkurse wächst. Der Exportpreis für Roheisen ist von 360 auf 300 Kronen herabgesetzt worden, der Export in Stahl und Eisen ist von 40 000 Tonnen monatlich auf 19 000 Tonnen zurückgegangen. Besonders stark ist der Rückgang in der Ausfuhr von Sulfitmasse, Papier und Holzwaren. Die Ausfuhr von Planken, Bohlen und Brettern ist von 641 000 auf 341 000 Kubikmeter zurückgegangen. Die schwedische Bekleidungsindustrie, welche zur Zeit höchstens noch zu 30 v. H. in Betrieb ist, wird sich in einigen Wochen veranlaßt sehen, eine gänzliche Betriebseinstellung vorzunehmen, weil ihr selbst der Inlandsmarkt von der ausländischen Konkurrenz genommen wird. Die schwedischen Produkte sind um 400 bis 500 v. H. teuerer als die ausländischen. Es finden jetzt Verhandlungen statt zwischen den Fabrikantenverbänden und der Regierung, um eventuell die Einfuhr ausländischer Textilwaren für längere Zeit zu verbieten.

Die **dänische Industrie** befindet sich in einer schwierigen Lage. Die Organisationen der Industrie haben deshalb die Regierung aufgefordert, Zollerhöhungen und ein teilweises Einfuhrverbot zu erlassen, um dadurch die dänische Industrie zu schützen. In einer offiziellen Erklärung hat die dänische Regierung dieses Verlangen abgelehnt. Die Regierung ist dagegen bereit, die Industrie durch Kreditbewilligung und Zollnachlaß für Rohstoffe zu unterstützen.

In den **Ostseestaaten** sucht England feste Handelsbeziehungen zu knüpfen und hat den Britisch-Baltischen Handelsverband gegründet, dem Finnland, Lettland, Estland, Litauen und Danzig angehören. Er will nach England besonders billiges Papier, Flachs, Leinsaat, Leder, Holz, Zellstoff liefern. Ein Kredit von 10 Millionen Pfund Sterling soll bereitgestellt werden. (Fortsetzung folgt.)

Arbeit und Kultur.

Werden und Vergehen ist das Erdensein. Aus Blühen und Untergang hat sich seit Ewigkeit das Leben herausgerungen. Die Entwicklung siegte, das Neue. Und immer höherer Art ward das Neue. Der Mensch wurde; der Geist erwachte; die Seele wurde des lebendigen Seins höchste Blüte. Das Fühlen und Sehnen und Freuen und Erleben in uns, das ist die höchste Menschenart. Die drängende Seele ist die stärkste Triebkraft aller weiteren Entwicklung.

Wäre es da nicht natürlich, daß dieser Menschenseele immerdar im Leben ihr Recht wird, daß sie sich auslebt immer und überall? Aufjauchzen müßte sie vor Freude. Aber da muß sie darben in den Banden einer ihr fremden Arbeit; da muß sie schmachten nach einem Ausleben in einer Arbeit, die allen gilt. In materiellen Ketten ruht das höchste Geistige, das die Entwicklung hervorgebracht. Das ist die Arbeit der kapitalistischen Kultur.

Man spricht heute so viel von Wiederaufbau. Wenn Neues werden soll, dann muß vor allem die Seele frei sein, dann muß der Mensch Mensch sein, dann muß das heiligste Drängen in seiner Brust eins sein mit der Wirklichkeit. Aus der beseelten Arbeit wird das Neue; die neue Arbeitswelt beseelten Gemeinschaftsschaffens ist die erste Voraussetzung zum Aufbau einer neuen Menschheit.

Auch im Naturleben draußen gibt es höhere und niedere Entwicklung, und je höher z. B. die Pflanzenart, um so mehr verlangt sie eine besondere Lebensexistenz, besondere Pflege und Bedingungen ihres Seins. Fehlt ihr dieser Boden, dann verkümmert sie. Sie artet zurück und schlägt gänzlich fehl, statt der Keim zu abermals Neuem zu sein.

Man weist heute so oft auf die sittliche Entartung in unserem Volke hin. Kann heute denn etwa Seele sein? Die Seele verlangt den besonderen Boden ihrer Existenz, und sie wird erst aufblühen zur höchsten Entfaltung, wenn das Dasein draußen sie von selber erstehen läßt. Andernfalls fallen oft gerade die wertvollsten Regungen zurück in ihrer Entwicklung, weil bei ihnen der Gegensatz zwischen dem Seinsollen und dem Sein am größten ist.

Wir sind die Wiederaufbauer in des Wortes natürlichstem, edelstem Sinne. Wir erwünschen und erhoffen nicht nur eine Hebung des materiellen Gegenwartsseins. Menschheitskultur ist unser letztes Ziel, Menschheitsaufbau, und Seele soll ihr leitender Gedanke sein und ihr Glück. Und darum stürmt all die darbende Seele unserer Brust hinein in den Kampf um die erste Voraussetzung jenes Neuen, um den praktischen Boden, aus dem es zu herrlichstem Entfalten ersprießen kann.

Halle über 45 Stunden pro Woche arbeitete. Der gute Glaube und das Pochen auf den Sinn der Tarifbestimmung allein genügte nicht, denn auf der anderen Seite stand das Prinzip; ein Stückchen von der Vaterlandsretterei und die schöne Phrase vom Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und wie das sonst alles heißen mag, hierbei leuchten zu lassen. Die gesundheitschädliche Wirkung und die Tatsache, daß eine ziemliche Anzahl Orte bereits 45 Stunden pro Woche und darunter im Steinmetzberuf arbeiten, wurde mit einer Handbewegung abzutun versucht!

Aus der energielosen Haltung der Zahlstelle gegenüber dem Schlichtungsentscheid hat sich dann die Dauersperre entwickelt gehabt. Das ist nun auch bei den Arbeitgebern unangenehm empfunden worden, denn schließlich hat man doch keinen Steinmetzbetrieb, um mit den Steinmetzen sich dauernd herumzustreiten und zu kämpfen; sondern man will verdienen, Geschäfte machen, Arbeit liefern. Eine Aussprache fand deshalb am 16. Februar statt, wo der gegenseitige Standpunkt mehr oder minder zart dargelegt und die Sperre aufgehoben wurde. Die Auffassung der Steinmetzen wurde dort nicht besonders widersprochen und man ging auseinander, bei jedem Teilnehmer den Eindruck hinterlassend, daß nunmehr alle Ecken abgerundet seien und der Schiedsspruch vom Sommer 1920 anerkannt wird. Am 18. Februar tagte dann in Halle eine Bezirkskonferenz der Arbeitgeber, die hat nun vermutlich die Hallescheen Arbeitgeber scharf gemacht, denn am 19. Februar bekam die Zahlstelle folgenden Brief:

„Nach Erkundigung an maßgebender Stelle erklären wir Ihnen folgendes:

Dadurch, daß wir im Tarif stehen haben „Auf Antrag entscheidet der Schlichtungsausschuß" haben wir lediglich den Weg der Entscheidung bezeichnet, nicht aber, daß der Spruch beiderseits verbindlich sein sollte.

Wie Ihnen bekannt ist, haben wir den Schiedsspruch nicht anerkannt, so daß es bei Ihnen gelegen hat, die nächsthöhere Stelle anzurufen.

Wir stehen auf dem Standpunkt und die von uns gehörte maßgebende Stelle ebenfalls, daß Sie dadurch, daß Sie stillschweigend die 48stündige Arbeitswoche beibehielten, sich unserem Standpunkte auf 48stündige Arbeitswoche angeschlossen haben.

Sollte vor Ablauf des Tarifes daher Ihrerseits die 45stündige Arbeitswoche zwangsweise eingeführt werden, so wäre dies ein Tarifbruch."

Die Auffassung der Arbeitgeber, daß im Tarif nur der Weg der Entscheidung und nicht die Annahme der letzteren auch mit gemeint sei, ist wirklich nur juristische Worttüftelei! War die Bindung durch den Entscheid nicht gewollt, brauchte die Bestimmung nicht im Tarif aufgenommen zu werden. Denn die Voraussetzung der Anrufung des Schlichtungsausschusses ist in solchem Fall die vorherige Verhandlung der Parteien unter sich und erst dann, wenn sie sich nicht einigen, kommt der Entscheid des Schlichtungsausschusses, der dann auch bindend sein muß, sonst wäre es ja eine dauernde Verschleppung irgendeiner Streitfrage? Dieselben Gründe können dann die Arbeitgeber auch ins Feld führen nach dem Entscheid der „nächsthöheren Stelle" — dem Demobilmachungskommissar. Solche Sophisterei möchten wir denn doch nicht im Arbeitsvertrag verankern! Bestehen nun die Kollegen auf das gewordene Recht der 45 Stunden, dann, so schreiben die Unternehmer, ist es Tarifbruch; daß sie aber selber mit ihrem Brief einen Tarifbruch begehen, scheint ihnen nicht zum Bewußtsein zu kommen! Auf diese Weise hat sich also der Konfliktsstoff in Halle wieder zu einem Knoten zusammengezogen, und wenn nicht zu guter Letzt die Führung der Arbeitgeber mit einem gesunden Instinkt kurz den Knoten durchhaut und damit die 45 Stunden als zu Recht bestehend anerkennt, müssen unsere Kollegen den Knoten lösen. Bei dieser Lösung haben sie nach dem hier Dargelegten ohne Zweifel alle Kollegen auf ihrer Seite und damit natürlich den Gesamtverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Die Frankfurter Lohnverhältnisse.

Nach Ausbruch der Revolution wurde unser Stundenlohn mit dem der Bauarbeiter gleichgestellt, obwohl in der Vorkriegszeit unsere Löhne immer 3—6 Pf. höher waren. Ein Fehler wurde schon damals von unseren Kollegen begangen. Gleichzeitig muß aber auch festgestellt werden, daß den hiesigen Unternehmern jede soziale Einsicht und Weitsicht fehlt. Ueberwiegend kommen nur Kleinmeister in Betracht. Einige beschäftigen nur bei Hochkonjunktur einen Kollegen, aber gerade diese Herren wollen tonangebend sein. Es macht sich nötig, daß einmal die Kollegen allerorts erfahren, wie wir in der Großstadt Frankfurt a. M. zu kämpfen haben. Zu Anfang des Jahres 1920 und steigend in kurzen Perioden waren die Löhne der Bauarbeiter folgende: 3.20, M., 4 M., 5.25 M., 5.85 M., 6.25 M. und ab 15. Oktober 6.80 M. Bei jeder Erhöhung vorgenannter Gruppen wurden unsere Arbeitgeber rechtzeitig um mündliche Verhandlungen gebeten. Meistens ließen sie sich auch herbei; doch jedesmal mußten wir den Schlichtungs- sowie den Demobilmachungsausschuß anrufen. Die Folge war immer, daß wir 3—6 Wochen hinter den Bauarbeitern nachhinkten. Deshalb herrschte zeitweise Mißstimmung gegen die Ortsverwaltung. Die meisten Kollegen sind der Auffassung, daß diesem Uebel nur gesteuert werden kann durch Zusammenschluß mit den Bauarbeitern. Diskutabel ist die Sache schon beim eventuellen Zusammenschluß zu Industrieverbänden. Eine weitere Hemmung waren die Verhandlungen zum Reichsstädtetarif. Nach langen Wehen ward es endlich ein Reichsarbeitsvertrag. So kam der September 1920. Die Bauarbeiterlöhne stiegen von 5.85 M. auf 6.25 M. Im großen war die Arbeitslage flau! Eine kurze Statistik überzeugt davon. Die meisten Betriebe arbeiteten verkürzt. Speziell die Marmor- und Grabmalbranche. Im 2. und 3. Quartal 1920 hatten 122 Kollegen einen Verlust von 17 308 Stunden durch Kurzarbeit. Erwerbslos waren im 2. und 3. Quartal 39 Kollegen, diese hatten einen Ausfall von 7336 Arbeitsstunden. Insgesamt 24 644 Arbeitsstunden. In Erkenntnis dieser Sachlage sahen die Kollegen der Grabmal- und Marmorbranche von einer weiteren Lohnforderung ab. Leiten ließen sich die Kollegen von dem Gedanken, Arbeit zu behalten und wurden doch bitter enttäuscht. Die Bausteinmetzen mußten die 6.25 M. abermals am Schlichtungs- sowie Demobilmachungsausschuß erstreiten. Sehr geschickt nahmen die Unternehmer das Zurückstehen unserer Grabstein-Steinmetzen wahr und wollten den Kollegen, die in der Werkstatt beschäftigt sind, auch nur 5.85 M. bezahlen. Leider muß es gesagt werden, daß 5 Kollegen einer Firma in diesem Falle nicht das nötige Rückgrat zeigten. Mitte November wurden die Unternehmer abermals um eine Lohnerhöhung angegangen auf der ganzen Linie. Auch der Urlaub sollte mitgeregelt werden. Die Verhandlungen führten zu keinem Resultat und wir mußten abermals an die beiden Einigungsinstitute. Der Schlichtungsausschuß brachte folgendes: Bausteinmetzen: 6.60 M.; Grabmal- und Marmorbranche, Steinmetzen und Schleifer: 6.30 M.; Maschinenschleifer: 6.15 M.; Hilfsarbeiter 5.70 M. Die Kollegen nahmen in Anbetracht der Jahreszeit den Schiedsspruch an. Auch die Rechtsverbindlichkeit ist da. Aus Höflichkeit wurde jedem Unternehmer der Spruch der Verbindlichkeit mitgeteilt in der Hoffnung, daß die Kollegen jetzt ihren Lohn erhalten. Doch weit gefehlt. Die Herren lassen sich samt und sonders vor das Gewerbegericht zitieren. Ihr Lamento am Schlichtungsausschuß ist immer, das Gewerbe verträgt keine Mehrbelastung mehr und geht unter. Ob wir noch leben können oder untergehen, danach keine Frage. Ihren Stempel zum sozialen Empfinden drücken sie noch darauf, indem sie den Kollegen erklären, daß in 14 Tagen nur noch 24 Stunden die Woche gearbeitet werden kann. So in kurzem die Frankfurter Verhältnisse.

Nicht besser sind sie auf Gehspitz bei Frankfurt a. M. Hier wird überwiegend Muschelkalk gearbeitet. Die Entlohnung erfolgt nach dem fränkischen Muschelkalktarif mit den entsprechenden Teuerungs- und Ortszulagen. Die Teuerungszulagen erledigten sich bis zum November 1920 immer gütlich; nachgiebig waren meistens die Kollegen. Die mündlichen Verhandlungen hörten sich immer spaßig an. Waren die Teuerungszulagen im Muschelkalkgebiet höher wie bei uns, so zählten wir zu Frankfurt. War der Lohnsatz in Frankfurt höher, so gehörten wir zum Muschelkalkgebiet, nach Meinung des Herrn Abteilungschefs Schütze. So wurde mit den Kollegen umgesprungen. Am 23. September waren Verhandlungen über Teuerungszulage von 220 Proz. auf 280 Proz. Eine Einigung fand statt auf 250 Prozent mit dem Bemerken, daß die Kollegen weiter vollarbeiten könnten. Sie waren auch so gläubig und ab 17. September ging es dann doch verkürzt. Im November mußten wir erstmalig mit der Firma an den Schlichtungsausschuß Offenbach. Es kam da ein etwas verzwickter Schiedsspruch zustande. Die Firma Holzmann ließ es bis zum Gewerbegericht gehen mit dreimaligem Termin trotz der Verbindlichkeit vom Demobilmachungsausschuß. Wir zählten uns immer zu den Bausteinmetzen und stehen heute noch zu unserer Auffassung laut Tarifvertrag von 1913. Die Frankfurter Kollegen in der Baubranche sollen sich ab 1. Januar 1921 auf 6.60 M. stehen. Mit der Firma war unsere Verhandlung unnütz. Der Schlichtungsausschuß entschied auch zu unseren Ungunsten. Es wurde Einspruch erhoben beim Demobilmachungsamt und da findet in den nächsten Tagen die Entscheidung statt. Festgestellt muß werden die Anmaßung des Herrn Abteilungschefs der betreffenden Firma. Es wurde den Kollegen zugemutet, ihren Einspruch beim Demobilmachungsausschuß zurückzuziehen, sonst könnte eine bestimmte Arbeit nicht übernommen werden, weil sie nach den alten Preisen kalkuliert ist. Wer's glaubt, zahlt einen Taler. Doch auch da noch dasselbe Schauspiel wie in Frankfurt. Die Drohung mit der Hungerpeitsche in Form von 24 Stunden Arbeit die Woche. Die Kollegen leiden schon so bittere Not. Seit Mitte September werden sie nur 32 Stunden wöchentlich beschäftigt. Die meisten haben die Konsequenzen gezogen und der Gehspitz Valet gesagt für immer. Wäre es den übrigen Kollegen vergönnt, anderweitig Arbeit zu finden, wer weiß, wie es dann aussähe. Zum Schluß muß gesagt werden, daß die Steinarbeiter in Frankfurt nicht mehr willens sind, sich weiter hinhalten zu lassen und sie werden die Sache von einer anderen Seite anfassen.

J. K.

Kollegen!

Wenn wir dafür eintreten, daß Oberschlesien unbedingt dem Deutschen Reiche erhalten bleiben muß, so geschieht dies nicht aus nationalistischen, sondern aus wohlerwogenen wirtschaftlichen und sozialen Gründen, sowohl für Deutschland als auch für Oberschlesien selbst. Darum, Ihr Oberschlesier im Reiche, erfüllt Eure Pflicht gegen Eure Heimat und Euch selbst! Reist so frühzeitig nach Eurer Heimat daß Ihr am 20. März 1921 an der Volksabstimmung teilnehmen könnt und gebt Eure Stimme ab für Deutschland! Scheut die Unbequemlichkeiten der Reise und etwaige sonstige Opfer nicht; es wird alles Mögliche getan werden, sie zu mildern.

Stimmt alle für Deutschland!

Konferenz der Schotter- und Pflastersteinarbeiter des 8. Gaues.

Die am 13. Februar in Meiningen tagende Konferenz der Schotter- und Pflastersteinarbeiter des 8. Gaues war von allen Zahlstellen, mit Ausnahme von Oberriedenberg, besucht. Zum 1. Tagesordnungspunkt, Stellungnahme zu den Teuerungszulagenbewegungen wurde eingehend verhandelt. Scharf kritisiert wurde die Verschleppungspolitik, die der Mitteldeutsche Wegebaustoffverband, wie der Bayrische Steinindustrieverband bei den Bewegungen betrieben haben. Die bisherigen Löhne werden als unzureichend bezeichnet und schnellste Aenderung von der Gauleitung gefordert. Diese konnte nachweisen an der Hand der gepflogenen Korrespondenz, daß alles geschehen war, um eine Beschleunigung der Bewegungen herbeizuführen. Da der Geschäftsgang in den meisten Werken ein verhältnismäßig guter ist, erklärten die meisten Kollegen aus dem Dermbacher und Hildburghäuser Bezirk, sich die Machenschaften der Unternehmer nicht mehr länger gefallen zu lassen und zum letzten Mittel, dem Streik, zu greifen. Der Gauleiter gab über den wahrscheinlichen Gang der Bewegungen die entsprechenden Hinweise. Einverstanden erklärten sich die Delegierten mit der Zusammenlegung der Orte für die Verhandlungen. Die jetzige Zerrissenheit kann unmöglich bestehen bleiben. Besonders beklagt wurden die niedrigen Löhne in Bayern. Da bereits eine neue Forderung vorliegt, wird gehofft, daß hier doch noch eine Besserung eintritt.

Zum 2. Punkt, Abschluß der Arbeitsordnungen, wurden die entsprechenden Hinweise gegeben und den Delegierten aufgetragen, für die alsbaldigen Abschlüsse dieser zu sorgen. Daß keine Aenderungen an der Arbeitsordnung, die zwischen den beiden Zentralinstanzen vereinbart wurde, vorgenommen werden können, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Kollegen beschlossen dann noch, auf eine Kündigungsfrist des Arbeitsverhältnisses hinzuwirken. Wo die Lohnzahlung noch eine 14tägige ist, muß wenigstens erreicht werden, daß an den Zwischensamstagen eine Vorschußzahlung, in der ungefähren Höhe des Verdienstes, mindestens zu 90 Prozent, erfolgt. Daß das Bestreben der Unternehmer, die achtstündige Arbeitszeit zu durchbrechen, durchkreuzt werden muß, erklärten alle Delegierte für eine Selbstverständlichkeit. Wegen den angeblichen Auslandsaufträgen können die Unternehmer durch eventuelle Einführung von Schichten, durch Einstellung von Arbeitslosen usw. die Produktion doch erhöhen.

Für den Gau werden zwei Schotterbezirke gebildet, und zwar gehören zum Bezirk 1 die Zahlstellen: Wölferbütt, Völkershausen, Kaltennordheim, Römhild und Gleichamberg, außerdem bleibt der Bezirksleiter in Fühlungnahme mit den Unterzahlstellen Hüttensteinach und Lauscha, zur Schieferzahlstelle Steinach gehörig. Als Bezirksvorort wurde Wölferbütt bestimmt und der Kollege Kaspar Heß gewählt. Zum 2. Bezirk gehören die Zahlstellen: Oberriedenberg, Obereschenbach, Bischofsheim, Roth v. Rhön, Nordheim vor der Rhön und Maroldsweisach. Der Bezirkssitz ist Bischofsheim und wurde hier der Kollege Ambros Hergenröther gewählt. Als Bezirksbeiträge sind pro verkaufte Beitragsmarke 3 Pf. ab 1. Januar 1921 an den Bezirksleiter abzuliefern. Maroldsweisach wird aus geographischen Gründen zunächst eine Sonderstellung eingeräumt. Die Beiträge werden verwandt für Porto des Bezirksleiters, zu einer minimalen Entschädigung und zur eventuellen Bestreitung der Lohnverhandlungskosten.

Bei dem Punkte Beitragsregelung wurde festgestellt, daß eine Beitragshinterziehung bei den Zahlstellen tatsächlich nicht vorgekommen sei, jedoch seit der letzten Lohnerhöhung im Bayrischen die Beiträge mit dem Statut nicht mehr übereinstimmen. Die Delegierten verpflichten sich, in ihren Zahlstellen für eine Regelung nach der Richtung hin zu sorgen.

Im „Verschiedenen" wurden die Zahlstellen aufgefordert, zum Denkmalsfonds des verstorbenen Vorsitzenden Kollegen Staudinger ein Scherflein beizutragen. Die Zahlstellen wollen dies gerade deswegen tun, weil sich Staudinger um die Schotterarbeiter besonders verdient gemacht hat durch Schaffung des Reichstarifes für diese Gruppe, wodurch Ordnung in die Lohnverhältnisse gekommen ist. Kollege Lins Beck aus Steinach schilderte dann die Verhältnisse der Schieferarbeiter in Steinach und Umgegend. Das Lohn- und Arbeitsverhältnis war hier in den letzten Jahren, abgesehen von Kleinigkeiten, im großen und ganzen ein gutes. Ihre neueste Lohnbewegung erlitt aber einen Stoß durch die Absatzkrise der Produkte. Die Betriebsräte werden im staatlichen Werke zu allen Funktionen, Aufnahme der Inventur usw. herangezogen. Gerade durch die Einsichtnahme in den internsten Geschäftsbetrieb mußten die Betriebsräte von der Durchsetzung der neuesten Lohnforderung „zunächst" Abstand nehmen. Den Delegierten war dieser Bericht von großem Interesse.

Als Spesen werden pro Tag 30 Mark festgesetzt. Für Uebernachten wird der ausgegebene Betrag verrechnet und Bahnfahrt und eventueller Arbeitsverlust vergütet. Die Delegierten kritisierten, daß die Zahlstellen die gesamten Kosten zu tragen hätten, währenddem der neue Gauleiter von Hannover in der Einladung für eine Konferenz des 4. Gaues den Zahlstellen die Hälfte der Delegationskosten von der Zentralkasse zusicherte. Der Gauleiter findet dies auch befremdlich, ist aber der Meinung, daß diese Kosten die Hauptkasse wohl deswegen übernommen hat, weil sie auch die Anregung zur Konferenz gegeben hat, wie aus dem späteren Bericht hervorging. Die Zahlstellen nach jeder Richtung hin in Ordnung zu halten, ein geregeltes Versammlungswesen mit entsprechender Vorbereitung einzuführen, das auf der Konferenz Gehörte daheim zu verwerten und die Kollegen immer und immer wieder auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses hinzuweisen, war der Wunsch des Gauleiters. Damit wurde die Konferenz geschlossen.

R. Schmidt, Maroldsweisach.

Aus den Zahlstellen.

Mittweida. Die Streikenden hielten am 22. Februar im Volkshaus Rosengarten eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern; 2. Verschiedenes. Zu Punkt 1 berichtete der Vorsitzende, der den ganzen Verhandlungsgang eingehend schilderte und schließlich als Endergebnis pro Stunde 40 Pf., auf Akkord 8 Prozent mit vieler Mühe herausgeholt wurden. Erschwert wurden die Verhandlungen, daß einige Unternehmer des Südwest-Sächsischen Unternehmerverbandes ihren Verpflichtungen von den Verhandlungen im Juni 1920 bis heute noch nicht nachgekommen sind. Weiter operieren die Unternehmer damit, daß die Lausitz und das Wurzener Gebiet bedeutend niedrigere Löhne zahlen und sie infolgedessen nicht konkurrenzfähig sind. Die darauf folgende Diskussion war sehr lebhaft. Es wurde von mehreren Rednern gegen und für die Annahme gesprochen. Der Bezirksleiter Kollege Zippel empfahl die Annahme des Angebots, denn lehnt Mittweida ab, so haben die ganzen Abmachungen keine Gültigkeit, das würde unter den Kollegen im Bezirk eine Mißstimmung hervorrufen. Die Abstimmung ergab, daß von 115 abgegebenen Stimmen 91 für und 21 gegen die Annahme waren, 3 Stimmen waren ungültig. Die Streikenden ließen sich von der Erkenntnis leiten, daß die Abmachungen nur bis 31. März dauern, und daß man Rücksicht auf die Kollegen im Bezirk nehmen muß, die in der Entlohnung noch schlechter dastehen als die Mittweidaer Steinarbeiter. Nun liegt es an den Unternehmern, dafür zu sorgen, daß ihre Kollegen auch den vereinbarten Lohn zahlen, und wenn Verhandlungen im Bezirk von Arbeitnehmerseite verlangt werden, daß diese dann auch vom Vorsitzenden der Arbeitgeber in die Wege geleitet werden. Im Verschiedenen wurde auf den Stundenlohn der Gelernten hingewiesen, die Mittweidaer Unternehmer können sich nicht daran gewöhnen, daß sie den Gelernten den Stundenlohn nach dem im Akkord verdienten Lohn berechnen; herüber wurde Kollege Zippel mit dem Betriebsrat beauftragt, bei den Unternehmern vorstellig zu werden und Klarheit zu schaffen. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden auf die Wichtigkeit der Lohnstatistik hingewiesen, die wir unbedingt wieder einführen müssen, weiter wurde an einen regelmäßigen Versammlungsbesuch erinnert.

Ulm. Am 16. Januar 1921 tagte im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung, die von den älteren Kollegen gut besucht war, nur die jüngeren fehlten. Auf der Tagesordnung stand: Geschäftliches, Berichte, Anträge, Neuwahlen. Der Generalversammlung ging eine Betriebsversammlung der Firma E. Schwenk voraus, die sich mit Lohnforderung beschäftigte. Der Vorsitzende, Kollege Friedrich, wurde beauftragt, eine Lohnforderung von 1 Mark pro Stunde an die Firma zu stellen. Nach Bekanntgabe einiger Einläufe gab der Kollege Friedrich einen geschichtlichen Rückblick von der Entwicklung der Arbeiterbewegung auf wirtschaftlichem, politischem und gesellschaftlichem Gebiet. Der Redner verstand es, die kleinen und schweren Anfänge der wirtschaftlichen Organisation von den Bildungsvereinen zu den Fachvereinen und zu den Zentralverbänden bis zum Jahr 1914, die Einwirkung des Krieges, dann den Aufstieg nach Beendigung desselben den Kollegen klar vor Augen zu führen. Besonders betont er, daß wir die Schulung unserer Kollegen als eine unserer Hauptaufgaben in Zukunft zu betrachten haben, denn wir müssen unsere jungen Mitglieder als wetterfeste Kampfgenossen erziehen. Die Sozialisierungsfrage kann nicht mit scharfen Worten, sondern nur mit praktischer Arbeit gelöst werden. Die fast einstündigen Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Die Diskussion war eine ausgiebige und bewegte sich im Sinne des Referats. Einer scharfen Kritik wurden die Artikel in Nr. 47 bis 49 des „Steinarbeiter" unterzogen, weil dieselben vollständig einseitig sind, und die Verhältnisse, wie sie da und dort liegen, in keiner Weise berücksichtigen. Von der Haltbarkeit des Kunststeines möge sich der Artikelschreiber einmal genau überzeugen (?). Der Kassenbericht, gegeben vom Kollegen Weik, ist ein guter zu nennen. Die genaue Kassenführung wurde von den Revisoren bestätigt. Ein Antrag, nach welchem den Kollegen unter gewisser Voraussetzung bei Krankheit eine Unterstützung zuteil wird, und ein solcher, wonach alle, welche als offizielle Steinarbeiter anzusprechen sind, dem Steiarbeiterverband zugeführt werden sollen, fanden Annahme. Aus den Neuwahlen gingen die alten Kollegen wieder hervor. Zum Schluß fordert der Kollege Friedrich in kernigen Worten zu tatkräftiger Mitarbeit im kommenden Jahre auf.

Häslicht. Am 18. Januar fand in Dätzdorf im Saale des Herrn Trautmann eine Versammlung statt. Tagesordnung: Abrechnung vom 4. Quartal 1920; Vorstandswahl; Bericht über die Teurungszulagen durch Kollegen Senft, Liegnitz; Verschiedenes. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt. Deren Richtigkeit wurde durch die Revisoren bestätigt. Zur Vorstandswahl wurde als Vorsitzender Karl Schiller und als Stellvertreter Adolf Lieber, als Kassierer Oswald Weise, als Stellvertreter Fritz Prenzel und als Schriftführer Fritz Prenzel gewählt. Als Revisoren die Kollegen Julius Reich, Gustav Dartsch und Gustav Scholz. Als Kartelldelegierte Richard Renner, Alfred Göbel und Paul Ritig. Dann gab Gauleiter Kollege Senft, Liegnitz, einen Ueberblick über unsere Teuerungszulagen-Bewegung. Er führte u. a. aus, daß die Verzögerung der Angelegenheit nicht an der Verbandleitung gelegen habe, sondern die Unternehmer haben es verstanden, die Sache in die Länge zu ziehen, indem sie den Striegauer Schlichtungausschuß ablehnten, und so mußte die Angelegenheit erst dem Reichsarbeitsministerium übergeben werden, welches auch wieder volle 8 Wochen brauchte, bis die Sache geregelt und ein Schlichtungsausschuß zusammengesetzt war, der dann bekanntlich die Teuerungszulage von 350 Prozent auf 400 Prozent erhöhte. Er führte an Hand von Beispielen an, wie es die Unternehmer verstehen, die gegebene Zulage von 50 Prozent zum Grundlohne wieder wett zu machen, indem sie von ihren Auftraggebern 50 Prozent auf den Gesamtverdienst fordern. Auch die geforderte Teuerungszulage von 100 Prozent ab 15. Januar 1921 sei rundweg abgelehnt worden. Senft gab zugleich drei Wege an, um die Löhne der schlesischen Steinarbeiter, die die allerschlechtesten genannt werden müssen, den Lebensbedürfnissen einigermaßen anzupassen. In der darauffolgenden Diskussion wurde das Vorgehen der Gauleitung einstimmig gutgeheißen. Hierauf erfolgte noch eine lebhafte Aussprache über eine neue Pflastersteinsorte, die bei einigen größeren Firmen zur Ausführung gelangen soll, aber die Bezahlung eine sehr schlechte ist, so daß die Pflastersteinmacher nicht auf den tariflichen Stundenlohn kommen. Kollege Senft versprach, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen und sich sofort mit den Unternehmern in Verbindung zu setzen. Ferner kamen noch einige örtliche Angelegenheiten zur Sprache.

Haslach. Am 12. Januar fand im Lokal Aigle Franz unsere Generalversammlung statt. Bei Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Kollege Himmelsbach gab dann die Abrechnung bekannt vom 4. Quartal, die vom Gauleiter geprüft und für richtig befunden war. Der Gauleiter Sarfert erstattet eingehenden Bericht über unsere Lohnverhandlung, die endlich nach 4 Monaten zustandegekommen ist. Daraus war zu ersehen, daß die Arbeitgeber sehr weng soziales Verständnis haben und anscheinend nicht wissen, mit welch schwierigen Lebensverhältnissen die Arbeiterschaft zu kämpfen hat. Außerdem wurde der Offenburger Schlichtungsausschuß noch stark kritisiert. Kollege Sarfert behandelte ferner noch das Verhalten einiger Kollegen, die nur kritisieren, und wenn vom Gauleiter Rechenschaft gegeben wird, durch Abwesenheit glänzen.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. In Halle hat die V. K. P. D. unter den Gewerkschaftsmitgliedern ziemlichen Anhang gefunden. Die Folge war, daß zur Leitung einzelner Gewerkschaften nur auf V. K. P. D. geeichte Mitglieder gewählt wurden. Im weiteren Verfolg ihrer Parteiziele haben sich nun unerquickliche Verhältnisse herausgebildet, die in nachstehender Mitteilung des A. D. G. B. ihren Ausdruck finden: An die Verbandsvorstände und die Ortsausschüsse des A. D. G. B. Der Ortsausschuß Halle a. d. S. hat am 25. Januar in einer kombinierten Sitzung mit den örtlichen Gewerkschaftsvorständen beschlossen, mit der „Wirtschaftlichen Räteorganisation" eine Arbeitsgemeinschaft einzugehen. Begründet wurde dieser Beschluß mit dem Hinweis, daß ein selbständiges Nebeneinanderarbeiten beider Körperschaften nur eine nutzlose Kraftverschwendung sei.

Die „Wirtschaftliche Räteorganisation" ist eine selbständige Betriebsrätezusammenfassung, die mit der „Freien Arbeiter-Union" und dem „Verband der Hand- und Kopfarbeiter" in enger Gemeinschaftsarbeit steht. Der Tätigkeit des Hand- und Kopfarbeiterverbandes verdankt der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bereits die Zertrümmerung seiner guten Verwaltungsstelle in Halle.

Nach den Beschlüssen des Reichskongresses der Betriebsräte hat die Zusammenfassung aller freigewerkschaftlichen Betriebsräte aber nur nach den vom Kongreß beschlossenen Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes zu erfolgen. Allen Sonderorganisationen der Betriebsräte ist somit der schärfste Widerstand entgegenzusetzen. Statt dieses zu tun, hat der Ortsausschuß sich mit seiner Stellungnahme bewußt in Gegensatz zu den Kongreßbeschlüssen gestellt, trotzdem in der beschließenden Versammlung von verschiedenen Funktionären auf die Folgen einer solchen Stellungnahme hingewiesen wurde.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kann eine derartige Zerstörungsarbeit an den Gewerkschaften nicht hingehen lassen, er kann einen solchen Ortsausschuß nicht mehr als seine Vertretung in Halle anerkennen.

Um der Gewerkschaftsbewegung in Halle aber auch für die Zukunft einen Stützpunkt zu geben, hat der Bundesvorstand sofort aus den Reihen der auf dem Boden der Kongreßbeschlüsse stehenden Gewerkschafter eine provisorische Geschäftsstelle berufen, deren Leitung der Genosse Willy Hesse, Halle, Ladenbergstr. 40, übernommen hat. Wir bitten, das Adressenverzeichnis entsprechend zu berichtigen und Zuschriften und Anfragen bis auf weiteres nur obengenannter Adresse zuleiten zu wollen.

Der Verband der Maschinisten und Heizer beruft seine 14. Generalversammlung am 27. Juni d. J. und folgende Tage nach Karlsruhe in Baden ein. Die Tagesordnung ist eine reichhaltige. Der Verband gibt seit Januar eine Monatsbeilage „Der Schiffsmaschinist und Heizer" zum Verbandsorgan heraus.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) hat durch sein Bureau an den englischen Minister Lloyd George ein Telegramm gesandt, das im Namen von 25 Millionen organisierter Arbeiter spricht und auf ihre Forderungen verweist zur Wiedergutmachung, die bereits zu wiederholten Malen dem Obersten Rat des Völkerbundes bekanntgegeben wurden; ferner wird auf den Beschluß des Internationalen Gewerkschaftskongresses vom November 1920 in London verwiesen zum Wiederaufbau Europas und die Kohlenlieferungen Deutschlands. Dann heißt es weiter: Die organisierten Arbeiter erachten eine Schadenvergütung durch Deutschland für notwendig und gerechtfertigt; sie protestieren jedoch gegen Forderungen, die die Arbeiter Mitteleuropas eine volle Generation hindurch in Sklaverei stürzen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verhindern, den Haß zwischen den Völkern verschärfen und die Kultur vernichten würden. Das Bureau fordert von der Internationalen Botschafterkonferenz die Feststellung einer gerechten Schadenvergütung unter Berücksichtigung dieser Erwägungen und der Resolutionen des Londoner Kongresses.

Genossenschaftliches. Soziale Leistungen. In dem Kinderheim der Hamburger „Produktion" in Haffkrug (Ostsee) waren von Mitte Januar bis Mitte Februar rund 100 oberschlesische Kinder untergebracht, die der Erholung und Pflege ganz außerordentlich bedürftig waren. Stark unterernährte Knaben und Mädchen aus dem Industriegebiet, obendrein stark erschüttert durch die scheußlichen Vorgänge in der vom politischen Terror durchtobten Heimat, Elendsgestalten, wie sie das Heim unter seinen Insassen bisher nicht kennen gelernt hat. Der vierwöchige Aufenthalt in der gesunden Ostseeluft, die liebevolle Behandlung und die besonders kräftige und reichliche Kost haben erfreulicherweise vortrefflich gewirkt. Da es obendrein gelang, für alle Kinder Kleidung, Fußzeug und allerlei Kleinigkeiten als Abschiedsgeschenk zu beschaffen, so werden die oberschlesischen Gäste sicher die Tage, die sie im Genossenschaftsheim verlebten, dauernd in froher Erinnerung bewahren.

Soziales. Arbeiteruntersuchungen. Die militärischen Untersuchungen von einst hatten den Vorteil, daß sie in hohem Maße die Zusammenhänge von Gesundheit und Beruf kund taten. Es ist verschiedentlich angeregt worden, so kürzlich von Gottstein in der Zeitschrift für soziale Hygiene, die gesundheitlich gefährdete Bevölkerungsschicht in dauernde ärztliche Beobachtung zu stellen. Die Betriebskrankenkasse der Kruppschen Gußstahlfabrik in Essen hat einen Schritt nach dieser Richtung hin jetzt unternommen. Sie hat periodische Gesundheitsuntersuchungen ihrer 40 000 Mitglieder eingerichtet. Ein besonderer Vertrauensarzt ist damit beauftragt, dem Schwestern, Laboranten und alle modernen Hilfsmittel zur Verfügung stehen. Für jedes Mitglied wird eine Karte geführt.

Die Gesundheitsfürsorge im kapitalistischen Staate. Die Zeitschrift für Medizinalbeamte bringt einige Zahlen aus dem Haushaltplan für 1920 für das bayrische Gesundheitswesen. Die Zahlen beweisen, wie gering das Verständnis für die Bedeutung der Volksgesundheit heute noch ist. So sind für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ganze 200 000 Mark angesetzt, zur Bekämpfung der Tuberkulose 200 000 Mark, zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gar nur 50 000 Mark Obwohl z. B. die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten heute eine so überaus wichtige Rolle spielt, ist die Summe, die für ärztliche Dienstreisen angesetzt ist, dreimal so hoch als die Summe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Und dabei finden, wie die Zeitschrift für Medizinalbeamte schreibt, die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens in Bayern noch mehr Beachtung und Förderung, als in den meisten anderen deutschen Ländern. Insbesondere stelle sich der Haushaltplan für das preußische Gesundheitswesen in dieser Hinsicht wesentlich ungünstiger. Das ist sehr bezeichnend und lehrreich für uns.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge ist bekanntlich ein neuer Zweig der Fürsorge für die Arbeitslosen. Nach den Mitteilungen in der neuesten Nummer des Reichsarbeitsblattes sind bisher aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge rund 126 Millionen M. bewilligt worden. Damit wurden 61 000 Erwerbslose auf die Dauer von vier bis fünf Monaten der Arbeitslosigkeit entzogen. An besonderen Mitteln zur produktiven Erwerbslosenfürsorge werden erwähnt: Die Unterstützung einer Wassergenossenschaft mit 3,2 Millionen, eines Hafenbaus mit 6,48 Millionen, eines Unternehmens zur Erschließung von Straßen mit gleichzeitiger Gewinnung von Holz, Stein, Erzen mit 28 Millionen, eines Unternehmens für Kultivierungsanlagen mit 25 Millionen und des Baus einer Talsperre mit 35 Millionen.

Die Not der erwerbstätigen Frauen. In einer Arbeit in den Blättern für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge (XI. Jahrg., 5. Heft) beweist G. Seiffert an Zahlen, daß die Menge der erwerbstätigen Frauen in dauerndem Steigen begriffen war und wahrscheinlich noch heute ist, so daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen heute jedenfalls bedeutend größer ist, wie vor Jahren. Da ist all das um so bedauerlicher, was Seiffert in seiner Arbeit feststellt. Die Frauen sind nämlich gerade in der Entwicklungszeit und im ersten Teile ihrer Fortpflanzungsperiode erwerbstätig. So ist die Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer, worauf wir kürzlich schon hinwiesen, bei den arbeitenden Frauen wesentlich höher als bei den Männern. Weiter wirkt die Erwerbstätigkeit ungünstig auf den Verlauf der Schwangerschaft ein, bei einzelnen Industriezweigen besonders ungünstig. Ferner ist die Säuglingssterblichkeit bei Fabrikarbeit erhöht. Die Stillfähigkeit ist bei Erwerbstätigkeit durchschnittlich geringer. Das älteste Kind arbeitender Frauen ist oft schlecht verpflegt und unbeaufsichtigt, und die Erziehung leidet unter der Arbeit der Mutter. Darum verlangt Seiffert einen besseren Schutz der arbeitenden Frauen. Wir möchten dem hinzufügen, daß sich das Proletariat diesen Schutz nur selbst erringen kann.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Steinarbeitersendung Nr. 10 lag für die Ortsverwaltung ein Adressenverzeichnis und die Betriebsrätezeitung Nr. 9 bei.

*

Unterstützungsanträge mußten in letzter Zeit in den Zentralvorstandssitzungen wiederholt zurückgestellt werden, weil die Mitgliedsbücher der Betreffenden fehlten, oder mit Beiträgen restierten, auch die Begründungen zu oberflächlich waren. Der Vorstand ist bei Prüfung solcher Anträge immer auf die Angaben der Zahlstellenverwaltungen angewiesen, wo diese versagt, kann hier schlecht ein Antrag beurteilt werden. Die Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder wollen folgendes beachten:

Bei Anträgen auf Gewährung von Rechtsschutz, Maßregelungsunterstützung, Notfallunterstützung, Umzugskosten ist in jedem Fall das Mitgliedsbuch nebst eingehender Begründung und Unterschrift der Zahlstellenverwaltung (mindestens Vorsitzender und Kassierer) einzusenden. Anträge, wo diesem nicht entsprochen wird, werden in den Zentralvorstandssitzungen nicht verhandelt!

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Jeder Kollege, der in irgendeinem Ort Arbeit sucht, handelt in seinem eigenen Interesse, wenn er sich vorher über die örtlichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorsitzenden erkundigt! Dessen Adresse ist, wenn man will, immer schnell und leicht zu erfahren.

*

Fürsteneck. Der Steinmetz Alois Maier ist hier plötzlich abgereist, ohne seine Verbandslegitimation zu ordnen. Beim Auftauchen irgendwo wird gebeten, ihn daran zu erinnern, statt eine neue auszustellen.

Kassierer Schreiner.

Erben gesucht! Von Johann Georg Blechschmidt, Schleifer, geb. 7. Juli 1884 zu Röttenbach, Bayern, Oberfranken und Edwin Katholing, Steinmetz, geb. 20. Dezember 1894 zu Schwarzenbach, Oberfranken. Für beide Kollegen, die im Kriege gefallen sind, zahlte die Volksfürsorge je 43 M. Sterbegeld aus. Eltern oder Verwandte werden ersucht, sich zu melden bei Johann Fisch, Steinmetz, Einbeck, Sülbecksweg 19.

Briefkasten.

Adressenänderungen. Die Meldungen darüber sind manchmal zum „Aus-der-Hautfahren". Name, Straße und Ort sind oft beim besten Willen nicht zu entziffern. Dann wird in der einen Woche der neue Vorsitzende gemeldet und in der anderen der neue Kassierer; schließlich ist noch eine Angabe falsch und die Folge dann, daß ein Ort dreimal hintereinander in der Adressenänderung erscheint. Es kann nicht verlangt werden, daß bei jedem Ort erst ein Ortslexikon durchgesehen wird; aber verlangen muß man können, daß Namen und Wohnort, von dem die Meldung kommt, richtig geschrieben werden. Um Beachtung des Vorstehenden wird dringend ersucht!

W. Dr. Vorläufig ist die Zeit noch zu knapp, denn ich habe erst verflossene Woche die Offerten nach dort übermittelt. Sollte jedoch in 2 Wochen das Fehlende nicht bei Dir eintreffen, berichte noch einmal, dann mache ich Dampf dahinter. Die Bekanntgabe der Adresse entspricht nicht der Gepflogenheit der Presse.

Rft. Stpa. Die Höhe der Invalidenrente berechnet sich nach der Zahl und Höhe der verwendeten Marken, der bescheinigten Krankheiten und Militärdienstzeiten. Der Jahresbetrag der Rente setzt sich zusammen aus dem Reichszuschuß (ist für alle Klassen und jede Rente gleich, beträgt 50 M.), dem Grundbetrag und dem Steigerungssatz und mit Rücksicht auf die Teuerung wird dem Rentenempfänger ein monatlicher Teuerungszuschlag gewährt. Letzterer ist auf das Jahr berechnet bedeutend höher, wie die Gesamtrentensumme. Die Angabe Deiner Rentenhöhe wird stimmen, nachprüfen kann man es aber nur, wenn die Unterlagen vorliegen. Die Berechnung steht übrigens auf dem Rentenbescheid. Vielleicht kann im Arbeitersekretariat am Ort eine Nachprüfung stattfinden!

Adressenänderungen.

4. Gau.

Stade. Vors.: Paul Schurig, Harsefelder Str. 13. I.

5. Gau.

Altendorf. Vors.: Joh. Handel, Holteyberg 10. Kass.: Gottfried Oepen, Königssteele bei Horst (Ruhr), Altendorfer Straße 48.

Duisburg. Vors.: Heinrich Ringel, Fruchtstr. 11.

Kupferdreh. Vors.: Johann Guwerner, Poststr. 5. Kass.: Mathias Schmitz, Brückstraße 6.

Lüntenbeck. Vors.: Karl Willart, Elberfeld-Sonnborn am Thurm 46.

7. Gau.

Hochwegen. Vors.: Josef Jungwirth, Gatzereuth, Post Tittling.

Kronach (Oberfr.). Vors.: Christoph Hugel, Dobrach 3 bei Kronach.

Neustift. Vors.: Ludwig Haslinger. Kass.: Karl Großschedl, Kronholz, Post Ortenburg.

Neuforg. Vors.: Karl Schenkl.

8. Gau.

Kaltennordheim. Kass.: Reinhold Filler, Kaltenlengsfeld.

Walldürn. Vors.: Albert Gaukel, Seegasse 92. Kass.: Lothar Gaukel, Sandgasse 399.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Proletarierjugend und Theater. Von Gerhart Seger, Preis 2.50 Mark, Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin C 2. In dieser Schrift legt der Verfasser dar, in welcher Weise die Arbeiterjugend sich mit dem Theater bekannt machen kann. Jugendorganisationen gewährt der Verlag Preisermäßigung.

„Agrarfrage und der Sozialismus". Von Alexander Stein. (Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin C 2, Preis 2.50 M.) Die mit reichhaltigem Tatsachenmaterial versehene Schrift wird nicht nur den in der Landagitation tätigen Genossen von Nutzen sein, sie wird auch breiteren Kreisen der Arbeiterschaft Aufschluß geben über die komplizierten Fragen der Agrarpolitik und den Zusammenhang der sozialistischen Arbeit auf dem flachen Lande mit der Gesamtbewegung des internationalen Proletariats.

Einen **Taschen-Notizkalender** gibt in diesem Jahre erstmalig der Allgemeine freie Angestelltenbund, Afa-Bund, heraus. Auf kurzem Raum zusammengedrängt, bietet er eine Fülle von Material. Er kann als ein handlicher Taschenkalender angesprochen werden. In dem Kalendarium ist Raum zum Eintragen von Versammlungen, Sitzungen usw. Adressenmaterial des Afa-Bundes und der ihm angeschlossenen Verbände, der Bezirks- und Ortskartelle, ferner des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, der Ständigen Delegation der Angestelltengewerkschaften Deutsch-Oesterreichs. Der Kalender ist zum Preise von 2 M. ausschließlich Porto vom Verlag des AfA-Bundes, Berlin NW 52, Werftstr. 7, zu beziehen.

Versammlungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 6. März, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad. Bezirkskonferenz für Hessen-Nassau (Marmor-, Steinmetz-, Grabmalbranche).

Leipzig. Dienstag, den 8. März, nachmittags 5½ Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Rostock. Mittwoch, den 9. März, abends 7½ Uhr, in der Philharmonie.

Karlsruhe i. Bad. Sonnabend, den 12 März, abends 7 Uhr im Schoffelhof.

Asbach (Odenwald). Sonntag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, bei Joh. Phil. Ruts. Gauleiter anwesend.

Freudenberg a. M. (Sonntag, den 13. März, vormittags 10 Uhr, im „Zum Ritter". Konferenz für das Mainsandsteingebiet.

Köln a. Rh. Sonntag, den 13. März, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Reetz, Kümmergasse. Bezirkskonferenz für die Städte des Industriegebiets.

Anzeigen

Berlin

Sonntag, den 6. März,
vormittags 9 Uhr im **Gewerkschaftshaus** (Restaurant)
Versammlung der Marmorbranche
Tagesordnung: 1. Bericht der Tarifkommission. 2. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist dringend notwendig.
Die Ortsverwaltung

Entwürfe, Alphabete, Verzierungen und Grabmalschriften zeichnet Franz Siegler, Bildhauer, Gießen (Hessen). Bei Anfragen Rückporto erwünscht!

Wehrs Steinhauerbürsten, Rehbachstifte
liefert fortwährend jedes Quantum der Kollege
Gg. Wehr, Steinmetz, **Neustadt (Aisch, Bayern).**

Heinrich Tauch, Niederoderwitz (Sa.)
empfiehlt den Steinarbeitern seine bewährten
Lederhosen, Zwirnkette, à Hose 85 Mark
Samtmanchester braun Zwirnkette, à Hose 160 Mark franko.
Ia Futter. — Beste Verarbeitung. — Schrittlänge und Bundweite angeben. — Versand erfolgt per Nachnahme. Musterversand findet nicht statt.

Schrifthauer, nur unverheiratete, welche auch in Denkmalsarbeiten in Sandstein und Muschelkalk perfekt sind, werden zum Tariflohn für dauernde Arbeit eingestellt.
Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin, Werkstätten für Friedhofskunst.

Tücht. Steinmetz, der auch einfache Verzierung und Inschrift, letztere auch in Granit arbeiten kann, sofort gesucht. Für gute Kost und Logis ist gesorgt. Stellung dauernd.
Gebr. Lismann, Königslutter (Braunschweig).

Granitsteinmetzen zum baldigen Antritt gesucht.
Weyler, Hirschberg (Schlesien).

Mehrere tücht. Pflastersteinmacher u. Bruchspalter
auf Granit sofort gesucht
Braunlager Granit- und Schotterwerke.
Güldenberg & Frielingsdorf, Braunlage i. Harz.

Tüchtig. Werkzeugschmied
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Granitwerke C. C. v. Thaden & Co., Königshain (Oberl.)

1 Bildhauer 1 Steinmetz
f. bess. Denkmalarbeiten, Muschelkalk etc. f. dauernde Stellung ges.
J. W. Steger, Bildhauerei, **Neustadt a. Hdt. (Rheinpfalz).**

Einen Steinbildhauer für Granit — **einen Schrifthauer, mehrere Granitsteinmetzen** stellt bald ein
Karl Stahlberg, Steinindustrie, **Hirschberg i. Schlesien.**

Suche für meine Firma nach Fürsteneck einige **gute Spalter od. Stoßer** der Pflastersteinbranche als Tagelohnspalter sofort und dauernd.
Max Leitl, Werkführer, **Hochwegen** (Post Fürsteneck, Bayr. Wald)

Suche einen tüchtigen Steinmetz,
der perfekt Granit arbeiten, auch Schrift hauen kann.
Chr. Jochimsen, Bild- u. Steinhauerei, **Flensburg** (Schlesw.-Holst.)

Einige tüchtige Steinmetzen auf Grabstein gesucht.
G. Friedrichs, Grabsteingeschäft, **Bollensen bei Uslar.**

Erklärung.

Ich Unterzeichneter, beschäftigt bei der Firma Friedrich Brücher, Pappdeckelfabrik, Reichenbach i. Odenw., bringe hiermit, nach gerichtlicher Belangung zum Ausdruck, daß die von mir gegen den Steinarbeiter **Heinrich Bernhardt** in Umlauf gebrachten Aussagen der Wahrheit **nicht** entsprechen und ich dieselben mit dem größten Bedauern zurücknehme.

Wilhelm Krichbaum II, Mitglied des Fabrikarbeiter-Verbandes

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Striegau** wurde der Steinmetz **Gustav Richter,** 35 Jahre alt, für tot erklärt, der bereits am 24. August 1918 in Frankreich gestorben.

In **Kamenz** am 26. Januar der Brecher **Alwin Petzold,** 41 Jahre alt, Magenleiden.

In **Gummersbach** am 29. Januar der Schießmeister **Carl Scholer,** 46 Jahre alt, Berufsunfall.

In **Steinach** am 16. Februar der Griffelmacher **Friedrich Heinz,** 42 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **See** am 16. Februar der Hilfsarbeiter **Walter König,** 22 Jahre alt, Nierenleiden.

In **Berlin** am 16. Februar der Sandsteinmetz **Philipp Führer,** 33 Jahre alt, Lungenentzündung. Am 22. Februar der Sandsteinmetz **Otto Albrecht,** 40 Jahre alt, Gehirnentzündung.

In **Kaiserslautern** am 18. Februar der Sandsteinmetz **Johann Klein,** 48 Jahre alt, Geschwulst in der Brusthöhle.

In **Adelebsen** am 19. Februar der Pflastersteinmacher **Gustav Müller,** 34 Jahre alt, Gelenkrheumatismus.

In **Bremen** am 20. Februar der Sandsteinmetz **Gerhard Richter,** 53 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse", Leipzig.